

II- 5949 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3012/J

1988 -11- 30

A N F R A G E

der Abgeordneten Auer
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Maßnahmen für die Sicherheit im Straßenverkehr

Das Jahr 1988 stellt einen traurigen Rekord betreffend Zunahme von Verkehrsunfällen dar. Es ist daher notwendig, jede Maßnahme zu ergreifen, die geeignet ist, zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit beizutragen. Zum Beispiel ist in der BRD ab sofort das Einschalten der Warnblinkanlage auch dann erlaubt, wenn andere Verkehrsteilnehmer vor Gefahren gewarnt werden sollen. Zum Beispiel dann, wenn Sie als letzter im Stau stecken oder auf einen Geisterfahrer aufmerksam machen wollen. Österreich hinkt hinterher: Obwohl eine solche Gesetzesänderung uns vermehrt schützen würde, ist das Einschalten der Warnblinkanlage in solchen Fällen (zumindest theoretisch) noch verboten.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie dafür sorgen, daß auch in Österreich das Einschalten der Warnblinkanlage aus den obgenannten Gründen erlaubt wird?

- 2 -

- 2) Werden Sie mit Ihrem Kollegen, Bundesminister für Inneres Blecha, Verbindung aufnehmen, damit sichergestellt wird, daß ab sofort von einer Bestrafung in derartigen Fällen Abstand genommen wird?
- 3) Wann können Sie sich eine solche Gesetzesänderung vorstellen und werden Sie hiezu die Initiative ergreifen?